

KRISEN-TARIFRUNDE #CHEMIE24

KRISEN-TARIFRUNDE #CHEMIE24

GEMEINSAM AUS DEM KRISEN-MODUS

Die Tarifverhandlungen für die 585.000 Beschäftigten in den 1.700 Betrieben der Chemie- und Pharmaindustrie laufen auf Hochtouren. Nach bislang neun regionalen Verhandlungsrunden zeigt sich das erwartete Bild: Beide Parteien sind noch weit auseinander.

Keine Zuwächse, kein Verteilungsspielraum

Im Vordergrund der Verhandlungen steht die Entgeltfrage. Aus Sicht der Arbeitgeber ist die Lage eindeutig: Die Branche befindet sich in einer schweren Krise. Die Verluste bei Produktion und Umsatz sind unübersehbar, der Abstand zum Niveau vor dem russischen Angriff auf die Ukraine immens. Wann wir wieder aus dem Tal herausfinden, ist offen. Zwar scheint die Talsohle mittlerweile erreicht. Zuwächse, die einen Verteilungsspielraum eröffnen, gibt es aber weiterhin nicht.

Die IGBCE spricht dagegen bereits von „Licht am Ende des Tunnels“, begründet ihre Forderung nach sieben Prozent mehr Entgelt aber vor allem mit Reallohnverlusten durch die hohe Inflation der vergangenen Jahre. Dass die Chemie-Beschäftigten schon heute mehr verdienen als in vielen anderen Industriebranchen, bleibt in der Argumentation außen vor.

Zweiklassengesellschaft in den Betrieben?

Zusätzlich erschwert werden die Verhandlungen durch die Forderung der IGBCE nach Vorteilen für ihre Mitglieder, etwa mehr Freizeit oder mehr Geld. Vereinbart hatten IGBCE und Arbeitgeber in der vergangenen Tarifrunde, die Tarifbindung auf beiden Seiten zu stärken. Das wird mit der Forderung der IGBCE nicht gelingen – im Gegenteil. Eine Besserstellung von Gewerkschaftsmitgliedern droht die Belegschaften zu spalten und eine Zweiklassengesellschaft in den Betrieben zu schaffen. Das würden viele Arbeitgeber nicht zulassen und die Mitgliedschaft in den Arbeitgeberverbänden kündigen. Das Ergebnis wäre eine Schwächung der Tarifbindung.

IGBCE und Arbeitgeber haben noch einen weiten Weg vor sich bis zu einem Tarifergebnis, das beiden Seiten gerecht wird. Es geht nun darum, in den weiteren Verhandlungen ein Krisen-Bündnis zu schmieden, mit dem wir uns gemeinsam aus dem tiefen Tal herausarbeiten können.

**"ES GEHT DARUM,
EIN KRISEN-BÜNDNIS
ZU SCHMIEDEN."**

Klaus-Peter Stiller
BAVC-Hauptgeschäftsführer

WIRTSCHAFTLICHE LAGE DER BRANCHE

Seite 2



EUROPA VOR DEN WAHLEN

Seite 6





Quelle: Shutterstock 242575030

WIRTSCHAFTLICHE LAGE DER BRANCHE WEIT UNTER VORKRISENNIVEAU

Die wirtschaftliche Situation der chemisch-pharmazeutischen Industrie insgesamt war in den ersten Monaten des Jahres 2024 immer noch sehr kritisch. Die Stimmung in der Branche ist weiterhin gedrückt. Dabei wiesen einige Indikatoren zu Jahresbeginn erstmals seit langer Zeit wieder das jeweilige Vorjahresniveau auf oder überschritten es sogar leicht. Eine Rückkehr zum wirtschaftlichen Niveau der späten 2010er Jahre – vor Pandemie und Ukraine-Krieg – ist aber noch in weiter Ferne.

Produktion weiter im Minus

So konnte die Menge der hergestellten chemischen und pharmazeutischen Produkte im Februar 2024 im Vorjahresvergleich erstmals seit langem wieder leicht gesteigert werden. Zuvor gab es eine lange Talfahrt. Das Produktionsniveau lag 23 Monate am Stück immer unter dem Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats. In Summe stellten die Betriebe der Branche in den ersten beiden Monaten des Jahres 2024 gegenüber den Vorjahreswerten nun knapp 2 Prozent mehr Waren her. Nach der langen Negativserie der Jahre 2022 und 2023 lag das Produktionsvolumen Anfang 2024 dennoch weit unter dem Wert aus der Zeit vor dem russischen Angriffskrieg und der Pandemie. Der Abstand zum Niveau von Anfang 2020 liegt bei 11 Prozent und 2018 wurden in den ersten Monaten des Jahres sogar 13 Prozent mehr produziert.

Ob der etwas bessere Start in das Jahr 2024 der Beginn einer langsamen Erholung ist oder ein kurzer positiver Ausreißer von einem dauerhaft schlechteren Niveau aus, wird sich erst im weiteren Jahresverlauf zeigen. Selbst wenn sich aber die leichte Aufwärtsbewegung verstetigen sollte, wäre der Weg zurück zu einer normalen wirtschaftlichen Auslastung noch sehr lang: Es bräuchte bei diesem Tempo bis weit in das Jahr 2025 hinein, um die Produktionsverluste der letzten Jahre auch nur wieder ausgleichen zu können. Echte Zuwächse könnten sich erst danach ergeben.

Damit passt die aktuelle Entwicklung weiterhin zu den Erwartungen der Unternehmen, die diese unter anderem in der BAVC-Konjunkturumfrage zum Ausdruck gebracht hatten: Eine echte Erholung des Geschäfts der Branche wird es frühestens in 2025 geben (siehe Impuls 04/2024). Auch die aktuellsten Werte des ifo-Geschäftsklimaindex weisen auf keine umfassende Trendwende in der chemisch-pharmazeutischen Industrie hin. Die Einschätzung der Geschäftslage ist zuletzt zwar etwas gestiegen, verharrt aber dennoch im negativen Bereich. Die Geschäftserwartungen für die kommenden Monate sind nach einer leichten Erholung im März und April sogar wieder rückläufig gewesen.

KONTAKT



LUTZ MÜHL

Geschäftsführer
Wirtschaft, Sozialpolitik

lutz.muehl@bavc.de

Volkswirtschaft stagniert

Gegen eine bereits einsetzende umfassende Trendumkehr und eine schnellere Rückkehr zu einer normalen wirtschaftlichen Situation in der Branche spricht vor allem das immer noch sehr fragile wirtschaftliche Umfeld. Alle Prognosen für die Gesamtwirtschaft wurden zuletzt nach unten revidiert. Die führenden Forschungsinstitute erwarten nun für 2024 de facto ebenso eine Stagnation der deutschen Volkswirtschaft wie auch der Internationale Währungsfonds. Bei prognostizierten Werten für das Bruttoinlandsprodukt von jetzt nur noch +0,1 Prozent bzw. +0,2 Prozent wird sich Deutschland auch in 2024 keine spürbaren Wohlstandszuwächse erarbeiten.

Diejenigen Forschungsinstitute, die sich besonders nah an den Unternehmen und Beschäftigten befinden, sind dabei sogar noch skeptischer. Sowohl das IMK der Hans-Böckler-Stiftung wie auch das Institut der deutschen Wirtschaft sagen in ihren Prognosen für 2024 mit -0,3 Prozent bzw. -0,5 Prozent erneut ein leichtes Schrumpfen des gesamten Wohlstands voraus. Überwiegend negativ sind dabei in allen Prognosen die Erwartungen für die Industrieproduktion – und damit auch für die wichtigsten Kunden der chemischen Industrie.

Mehrere Branchen haben hier zuletzt auch noch einmal ihre Erwartungen für 2024 reduziert. Und solange das Geschäft in der Automobilproduktion, dem Maschinenbau, der Möbelindustrie oder der Bauwirtschaft nicht wieder spürbar an Schwung gewinnt, wird auch die Nachfrage nach Chemie auf geringem Niveau verharren.

Leere Auftragsbücher

Ein weiterhin eher skeptischer Blick auf die kommenden Monate wird auch durch das Niveau der Auftragseingänge bestätigt, die die Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie laut amtlicher Statistik verbuchen konnten. Diese haben sich zwar nach ihrem absoluten Tiefpunkt im Frühjahr 2023 inzwischen auch wieder etwas erholt und lagen zu Jahresbeginn erstmals seit fast zwei Jahren wieder höher als im Vorjahr. Gegenüber dem Niveau von vor zwei Jahren, aus Januar und Februar 2022, fehlen aber bei den Aufträgen weiterhin über 15 Prozent. Und was gestern nicht beauftragt wurde, kann und wird auch morgen nicht produziert werden.

Auftragseingänge Chemie und Pharma

Auftragseingangs-Index (Volumen) und Veränderung ggü. Vorjahr, chemisch-pharmazeutische Industrie, arbeitstäglich- und saisonbereinigt, 2021=100



Quelle: Statistisches Bundesamt

Autor: Lutz Mühl



Quelle: BAVC



WECHSEL IM AMT DES BAVC-HAUPTGESCHÄFTSFÜHRERS AUF STILLER FOLGT SCHÖTTKE

Der Vorstand des BAVC hat Mathias Schöttke zum Nachfolger von Klaus-Peter Stiller als Hauptgeschäftsführer des Verbandes bestellt. Schöttke, Jahrgang 1970, ist derzeit Geschäftsführer und Arbeitsdirektor der BASF Coatings GmbH in Münster. Er wird ab 1. September für den BAVC tätig sein und die Hauptgeschäftsführung im Laufe des Jahres übernehmen. Stiller scheidet zum Jahresende 2024 altersbedingt aus.

Beckmann: „Neue Qualität der Interessenvertretung“

„Klaus-Peter Stiller hat das Bild des BAVC über eine Dekade geprägt und einen neuen unternehmerischen Blick in die Verbandsarbeit eingebracht“, fasst BAVC-Präsident Kai Beckmann Stillers Laufbahn im Verband zusammen. „Er hat die Transparenz der innerverbandlichen Meinungsbildung gestärkt und so eine moderne Form der Zusammenarbeit im Sinne unserer Mitglieder etabliert. In seiner Amtszeit hat der BAVC zudem seine Präsenz in Berlin gefestigt. Unter dem Strich verdanken wir ihm eine neue Qualität der Interessenvertretung für die Chemie-Arbeitgeber in Deutschland.“

Reinhart: „Gewinn für uns und unsere Sozialpartnerschaft“

„Mathias Schöttke bringt alle Voraussetzungen mit, um den BAVC erfolgreich in die Zukunft zu führen“, unterstreicht Ariane Reinhart, stellvertretende Vorsitzende des BAVC. „Er kennt die Chemie seit vielen Jahren, hat umfangreiche und auch internationale Erfahrung im Unternehmen gesammelt und ist zudem bereits ehrenamtlich in der Tarifpolitik der Chemie-Arbeitgeber aktiv. Der Vorstand ist überzeugt: Er ist ein Gewinn für die Chemie-Arbeitgeber und für die Chemie-Sozialpartnerschaft.“

Mathias Schöttke studierte BWL an der Universität Passau und Aston Business School, Birmingham. Im Jahr 2000 begann er seine Karriere bei BASF und arbeitete seitdem in verschiedenen Funktionen im Human Resources-Bereich in Deutschland und Singapur. Seit Juni 2021 ist Schöttke Geschäftsführer und Arbeitsdirektor der BASF Coatings GmbH. Er ist zudem ehrenamtlich für die Chemie-Arbeitgeber tätig: als Mitglied der BAVC-Tarifkommission sowie als Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes Chemie Westfalen.

Der promovierte Jurist Klaus-Peter Stiller (Jahrgang 1958) arbeitet seit 2011 für den Dachverband der Chemie-Arbeitgeber, seit 2014 als Hauptgeschäftsführer. In seiner beruflichen Laufbahn hat er bereits zuvor umfangreiche tarif- und personalpolitische Erfahrung gesammelt: in Leitungsfunktionen beim AXA-Konzern, der Deutschen Telekom und T-Mobile. Er startete seine Karriere bei Hoechst als Vorstandsassistent des damaligen Arbeitsdirektors und BAVC-Präsidenten Justus Mische.



Quelle: BAVC

PARLAMENTARISCHES FRÜHSTÜCK VON CHEMIE³

JA ZU MENSCHENRECHTEN, NEIN ZU BÜROKRATIE

Unter dem Motto „Sorgfalt in der Lieferkette: Ein Jahr LkSG – Herausforderungen in der Praxis“ hat Chemie³ erneut zum Parlamentarisches Frühstück eingeladen. Neben Mitgliedern des Bundestages und deren Mitarbeitenden waren beispielsweise auch Vertretungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit dabei. Chemie³ als Allianz hat die Gelegenheit genutzt, um in den Austausch zu gehen, für den Branchenstandard zu werben und auszuloten, wo es Gemeinsamkeiten gibt.

„Wir wollen den menschenrechtlichen Impact“

Mit Denise Brecht (B. Braun) und Maria Schaad (Merck) wurden wir von zwei Expertinnen unterstützt, die es geschafft haben, das Thema menschenrechtliche Sorgfaltspflichten trotz aller Herausforderungen positiv zu konnotieren. Auch unser Schirmherr Helmut Kleebank (MdB) und Michael Windfuhr vom Institut für Menschenrechte unterstützten das mit Nachdruck. Windfuhr betonte zudem, dass der Schwerpunkt nicht auf den direkten Zulieferern liegen solle. Hier einen enormen Aufwand zu betreiben, sei nicht das Ziel.

Die Diskutierenden haben aber noch weitere Verbesserungspotenziale benannt. Die Erfüllung formaler Vorgaben, die keinen Mehrwert bringen, wird kritisch gesehen. So müssen verbundene Unternehmen für jede Gesellschaft einen eigenen Bericht abgeben – in dem viel Vergleichbares enthalten ist. Generell ließen sich die Berichtsaufwände mit wenig Arbeit straffen. Ein Problem blieben auch die Fragebögen von Kunden, von denen so viele auf dem Tisch lägen, „dass man das gar nicht stemmen kann“. Man könne auch darüber nachdenken, den Prüfauftrag primär auf das außereuropäische Ausland zu richten, um dort den menschenrechtlichen Impact zu erhöhen. Das Ziel sollte sein, Aufwände zielgerichtet zu kanalisieren und Ressourcen dort einzusetzen, wo eine möglichst große positive Wirkung erzielt werden kann.

„Kooperation ist wichtig“

Etwas Wehmut an vergangene Zeiten war auch zu spüren: „Früher konnte man Sorgfaltspflichten von dem Impact her sehen. Seit dem LkSG geht es nicht mehr ohne Juristen.“ Sehr positiv ist, dass der Chemie³-Branchenstandard sich nicht nur bei den Chemie-Unternehmen großer Beliebtheit erfreut. Windfuhr brachte es auf den Punkt: „Kooperation innerhalb, aber auch außerhalb der Branche ist wichtig.“ Erfreulicherweise ist der Multi-Stakeholder-Ansatz in der DNA von Chemie³ verankert und aus dieser nicht mehr wegzudenken.

Autorin: Mechthild Bachmann

KONTAKT



MECHTHILD BACHMANN

Nachhaltigkeit, Innovation

mechthild.bachmann@bavc.de

INFO

CHEMIE³

DIE NACHHALTIGKEITSINITIATIVE
DER DEUTSCHEN CHEMIE

Weitere Informationen zu dem
Chemie³-Branchenstandard finden Sie hier:

chemiehoch3.de/branchenstandard/ueber-den-standard



Quelle: Shutterstock 316768931

EUROPA VOR DEN WAHLEN FÜR EIN WETTBEWERBSFÄHIGES EUROPA

Die Chemie in Deutschland befindet sich in der tiefsten Krise seit Gründung der Bundesrepublik. Neben einer schwachen Konjunktur machen Strukturprobleme unseren Unternehmen zu schaffen. Zudem müssen sie die Jahrhundertaufgabe Transformation meistern. Unser wichtigstes Ziel für die nächste europäische Legislaturperiode: Wir müssen den Standort Deutschland und Europa wieder nach vorne bringen.

Die europäische Politik kann dabei maßgeblich mitwirken, indem sie die richtigen Rahmenbedingungen schafft, um die Unternehmen bei der Bewältigung der multiplen Herausforderungen zu unterstützen. Mit diesen Zielen im Blick lässt sich zum Ende der jetzigen Legislaturperiode bereits Bilanz dazu ziehen, inwiefern die europäische Politik die Wirtschaft und unsere Unternehmen in den letzten fünf Jahren geformt hat.

Bürokratie abbauen...

Die Europäische Kommission hat erkannt, dass sie die Unternehmen entlasten muss und mit ihrem „One in, one out-Ansatz“ sowie der Reduktion von Berichtspflichten um 25 Prozent erste Schritte in diese Richtung unternommen. Was jedoch fehlt, ist ein echter Regulierungsstopp und konkrete sowie ambitionierte Vorhaben der europäischen Gesetzgeber für eine gezielte Unterstützung der Unternehmen in der EU.

Darüber hinaus hat der Höhepunkt der bürokratischen Belastung die Unternehmen noch gar nicht erreicht. Da die Umsetzungsfrist der meisten Richtlinien zwei Jahre beträgt, sind Berichtspflichten zu Lohntransparenz oder Nachhaltigkeit noch gar nicht vollständig bei den Unternehmen angekommen.

...und Wettbewerbsfähigkeit stärken

Weitere Gesetzesvorhaben, die nach aktuellem Stand unverhältnismäßige Mehrbelastungen für die Unternehmen in Deutschland bedeuten können, wurden trotz angekündigter Belastungsbremse erst kürzlich auf den Weg gebracht: Darunter sind eine Richtlinie über Europäische Betriebsräte sowie eine Richtlinie zu hochwertigen Praktika.

Was unsere Unternehmen brauchen, ist ein sofortiges Belastungsmoratorium. Gleichzeitig müssen bestehende Gesetze entschlackt werden. Dabei müssen vor allem überbordende Berichtspflichten reduziert werden. Die Prinzipien „One in, one out“ und „Think small first“ müssen für alle EU-Initiativen gelten. Folgenabschätzungen sollten entlang des gesamten Gesetzgebungsverfahrens angewandt werden und dabei stets Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit prüfen.

KONTAKT



ELISA HENSEL

Leiterin Europabüro

elisa.hensel@bavc.de



CARLO BREYER

Europäische und internationale Sozialpolitik

carlo.breyer@bavc.de

Binnenmarkt vertiefen...

Die Mitgliedstaaten haben mit der Umsetzung der Entsenderichtlinie 27 komplizierte bürokratische Entsendeformalitäten eingeführt. In manchen Grenzregionen gibt es bereits erste Hinweise dafür, dass die Unternehmen ihre Beschäftigten aufgrunddessen nicht mehr ins EU-Ausland entsenden.

Im Bereich der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit wurden während der Legislaturperiode 2019 - 2024 leider keine nennenswerten Fortschritte erzielt. Damit geht die 883-Verordnung ein weiteres Mal in den Dornröschenschlaf.

... und Hürden abbauen

Binnenmarkthemmnisse wie die komplexen Melde- und Dokumentationspflichten für Entsendungen müssen abgebaut werden. Wir brauchen eine europaweit einheitliche digitale Entsendemeldung sowie einfach zugängliche mehrsprachige Informationen und die Möglichkeit, Entsendemeldungen in mehreren Sprachen einzureichen. Dienstreisen sowie kurzzeitige Dienstleistungserbringungen müssen von der AI-Pflicht ausgenommen werden. Der digitale europäische Sozialversicherungsausweis sollte das Antragsverfahren mittelfristig ersetzen.

Aus- und Weiterbildung fördern...

Der europäische Arbeitsmarkt ist leergefegt. Nicht nur in der Chemie, sondern sektorübergreifend mangelt es an qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräften. Die Kommission von der Leyen hat das Problem erkannt und in den letzten fünf Jahren vielfältige Maßnahmen in dem Bereich ergriffen.

Mit dem European Year of Skills stellt die EU-Kommission Projekte zur Förderung von Ausbildung, Weiterbildung sowie dem lebenslangen Lernen in den Mittelpunkt. Gleichzeitig haben die Legislativvorhaben zu langfristigem Aufenthalt und kombinierter Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für Drittstaatsangehörige sowie dem Talent Pool das Potenzial, Fachkräftemigration in die EU zu erleichtern.

... sowie Fachkräfte aus Drittstaaten gewinnen

Wettbewerbsfähig bei der Gewinnung von Arbeitskräften aus Drittstaaten ist die EU damit aber noch nicht. Weitere Baustellen bestehen noch weit vor der europäischen Grenze. Dafür müssen zunächst Verfahren in den nationalen Botschaften beschleunigt werden. Zudem muss die Anerkennung von Qualifikationen EU-weit für reglementierte und nicht reglementierte Berufe vereinfacht werden.

Die Mitgliedstaaten sollten außerdem die Regelungen für die Blaue Karte ehrgeizig umsetzen und gleichzeitig weitere Einwanderungswege für Berufseinsteiger und Fachkräfte schaffen.

Europawahlen vom 6. – 9. Juni 2024

Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Legislaturperiode 2024 - 2029 ist ein europäisches Parlament, das für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit steht. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger haben bei den Europawahlen vom 6. bis 9. Juni 2024 die Chance, sich mit ihrer Stimme hierfür starkzumachen.

Insgesamt werden 720 Abgeordnete in das Europäische Parlament gewählt – 15 mehr als derzeit. Deutschland, wo ab diesem Jahr erstmals ab 16 Jahren gewählt werden darf, hat 96 Sitze im Europäischen Parlament.

Autoren: Elisa Hensel, Carlo Breyer

STANDPUNKT

BAVC-Präsident Kai Beckmann



„Anfang Juni haben die Bürger der EU die Chance, die Politik der nächsten Jahre zu wählen. Wir alle sollten diese Chance nutzen und für ein starkes Europa eintreten. Mit hoch gesteckten Zielen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz allein werden wir im weltweiten Wettbewerb aber nicht erfolgreich sein. Bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, mehr Resilienz und weniger Bürokratie – daran muss sich die europäische Politik messen lassen.“

Quelle: Fotolia 155595354

UPDATE ZUM NACHWEISGESETZ ÜBERRASCHEND DIE ZIELLINIE ERREICHT

Lange sah es so aus, als würde die Bundesregierung kurz vor der Ziellinie stehen bleiben, aber die Koalitionsfraktionen haben ihre Kraftreserven doch noch aktiviert und es über die Ziellinie geschafft: Am 21. März 2024 haben die Ampel-Parteien sich darauf verständigt, dass im Nachweisgesetz die Schriftform durch die Textform ersetzt werden soll.

Die Strecke

Aber von vorne: 2021 musste die Bundesregierung aufgrund einer EU-Richtlinie das Nachweisgesetz anpassen. Bereits damals haben wir gefordert, dass die Schriftform durch die Textform ersetzt wird – ohne Erfolg. Damit müssen Arbeitgeber dem Arbeitnehmer weiterhin ein unterschriebenes Papier mit dem Nachweis der wesentlichen Arbeitsbedingungen aushändigen. Diese Verpflichtung entfällt nur dann, wenn ein schriftlicher Arbeitsvertrag mit den notwendigen Inhalten geschlossen wird. Die zeitgemäße elektronische Form ist ausgeschlossen. Eine unnötige ökologische und bürokratische Belastung. Unnötig deshalb, weil bereits die EU-Richtlinie eine elektronische Übermittlung der wesentlichen Arbeitsbedingungen vorsieht. Einzige Voraussetzung ist, dass der Nachweis gespeichert und ausgedruckt werden kann, und der Arbeitgeber einen Übermittlungs- oder Empfangsnachweis erhält. Eine Voraussetzung, die durch eine E-Mail mit Empfangsbestätigung oder durch digitale Mitarbeiterportale erfüllt werden kann.

Mit der Ankündigung des 4. Bürokratieentlastungsgesetzes waren die Hoffnungen groß, dass die Bundesregierung diese Fehlentscheidung revidiert. Jedoch haben die Gesetzesentwürfe bis zuletzt keine Änderung an der praxisrelevanten Regelung zur Form des Nachweises enthalten. Lediglich der Entfall des Nachweises sollte angepasst werden.

Die Ziellinie

In Gesprächen, Positionspapieren und Briefen an die zuständigen Bundesminister haben wir auf diesen Umstand hingewiesen und deutlich gemacht, dass dieser Vorschlag keine Entlastung für die Unternehmen gebracht hätte. Mit Hilfe der FDP konnte nun doch noch die Einführung der Textform erreicht werden. Hierzu sollen im laufenden Gesetzgebungsprozess entsprechende Änderungsanträge eingebracht werden. Damit geht die Bundesregierung endlich einen überfälligen Schritt in Richtung einer modernen Arbeitswelt und entlastet die Unternehmen.

Autor: Lars Messerschmidt

KONTAKT



LARS MESSERSCHMIDT

Tarifpolitik, Arbeitsrecht, Arbeitsmarkt

lars.messerschmidt@bavc.de